



Kleine Anfrage - Antwort	Drucksache-Nr: 0973/XX-01
Verfasser: Bezirksamt - Abt. Bauen, Bildung und Kultur	Datum: 18.04.2018
Herstellung eines öffentlichen Gehweges vor dem Gesundheitszentrum in der Glienicker Straße	

Sachverhalt:

Sehr geehrter Herr Bezirksverordnetenvorsteher Dr. Hinrich Lühmann,

die Bezirksverordnete Angela Budweg (SPD-Fraktion) hat gem. § 26 GO BVV die folgende Kleine Anfrage gestellt:

„Vor dem neuen Gesundheitszentrum in der Glienicker Straße 6 befindet sich ein noch nicht fertig gestellter Gehweg, der aufgrund der unzureichenden Gestaltung nicht als solcher erkennbar ist und von zahlreichen Autofahrern zum Parken missbraucht wird.

Ich frage das Bezirksamt:

1. Handelt es sich bei den Flächen vor dem Gesundheitszentrum in der Glienicker Straße, die derzeit überwiegend unzulässigerweise zum Parken genutzt werden, um landeseigene Flächen?
2. Wurde in einem städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan 12-55 die Übernahme der Kosten bzw. die Herstellung des straßenbegleitenden Gehweges geregelt?

Wenn ja: Welche Maßnahmen unternimmt das BA, damit der Investor den städtebaulichen Vertrag erfüllt und den Gehweg nun endlich fertigstellt?

Wenn nein: Wie weit sind die Vorbereitungen des BA zur Herstellung eines befestigten Gehweges?“

Antwort:

Zu 1.: Ja.

Zu 2.: In dem städtebaulichen Vertrag über die Bebauung der nordwestlichen Teilfläche des ehemaligen Güterbahnhofs Hermsdorf ist im § 6 Abs. 2 Folgendes geregelt:

„Der Vorhabenträger legt im Bereich des Medizinischen Zentrums den öffentlichen Gehweg und PKW-Stellplätze teilweise neu an.“

Zwischen dem Bauträger und dem Straßen- und Grünflächenamt wurde eine Vereinbarung zur Befestigung des Gehweges getroffen. Trotz mehrmaliger Aufforderungen ist der Bauträger der Festlegung aus der Vereinbarung nicht gefolgt.

Auf Grund der wirtschaftlichen Lage des Bauträgers ist mit der Befestigung des Gehweges zu seinen Lasten nicht mehr zurechnen.

Der Bezirk hat die Anlegung des Gehweges in das neue Gehwegsanierungsprogramm der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz aufgenommen und wird diese 2018 umsetzen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Bezirksverordnetenvorsteher, diese Antwort an die Bezirksverordnete Angela Budweg weiterzuleiten.

Uwe Brockhausen
stellv. Bezirksbürgermeister

Katrin Schultze-Berndt
Bezirksstadträtin